

Extremismus – Welle der Radikalisierung bei Kindern

Minderjährige im Visier

STUTTGART. Der baden-württembergische Verfassungsschutz hat derzeit rund 90 minderjährige Islamisten im Visier. Man bearbeite nahezu 90 Sachverhalte von minderjährigen Islamisten, die sich meist online radikalisiert hätten, teilte ein Sprecher mit. Seit 2023 erfasse man eine auffällige Dichte entsprechender Fälle. »Der Nahostkonflikt fungiert hierbei als ein Katalysator für Radikalisierung.« So sei seit dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ein rapider Anstieg feststellbar, der nach wie vor andauere. Zunächst hatte der SWR berichtet.

Der SWR zitiert den Leiter der Abteilung »Islamistischer Extremismus und Terrorismus« beim Verfassungsschutz, Benno Köpfer, der von mehreren Fällen berichtet, in denen etwa Anleitungen zum Bombenbau in Chats geteilt wurden oder bei Durchsuchungen Hinrichtungsvideos und Sammlungen von Kampfliedern gefunden wurden. In sozialen Medien fänden Jugendliche ideologische Versatzstücke, aus denen sie sich einen »Legos-Islam« bauten, so Köpfer laut SWR.

Teilweise gebe es laut Köpfer Überschneidungen zum Rechtsextremismus. In einem Fall habe sich ein Jugendlicher, der von einem IS-Mitglied kontaktiert worden sei, zugleich als Hitler-Fan gezeigt. Die Herausforderung sei, »Maulhelden und Mitläufer« von potenziellen Attentätern zu unterscheiden.

Immer wieder werden laut Verfassungsschutz Fälle über Schulen und Bildungseinrichtungen bekannt. Um dem aktuellen Trend zu begegnen, seien auch Familien, Lehrkräfte und Freundeskreise gefordert, betonte der Sprecher. Sie sollten Auffälligkeiten ansprechen und sich gegebenenfalls an Schulleitungen, Sicherheitsbehörden oder Beratungsstellen wenden, um Radikalisierung frühzeitig zu entdecken. (dpa)

Staatsanwalt ermittelt

TODTNAU. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach dem Sturz eines Kindes aus einem Sessellift am Feldberg wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung. »Im Rahmen dieses Verfahrens wird derzeit geprüft, ob ein objektiv sorgfaltswidriges Verhalten zu dem Unfall beigetragen hat«, teilte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Waldshut-Tiengen mit. Ob sich die Ermittlungen gegen bestimmte Personen richten, beantwortete der Sprecher nicht. Zunächst müsse der Sachverhalt umfassend aufgeklärt werden.

Die Achtjährige hatte es am Freitag vergangene Woche nicht auf den Vierersessel der Herzogenhornbahn in Todtnau (Kreis Lörrach) geschafft. Eine Frau versuchte sie nach Angaben der »Badischen Zeitung« vergeblich hochzuziehen. Das Mädchen sei schließlich einige Meter in einen Baum und umherstehende Büsche gestürzt. Nach Angaben des Vaters wurde das Kind wegen Prellungen mehrere Tage im Krankenhaus behandelt. (dpa)

IN KÜRZE

Luchs überfahren

BINZEN. Ein seltener Luchs ist bei einem Streifzug durch Baden-Württemberg auf die Autobahn 98 bei Binzen (Kreis Lörrach) geraten und überfahren worden. »Das Tier war sofort tot«, teilte das Landwirtschaftsministerium mit. (dpa)

Freibadsaison eröffnet

KARLSRUHE. Bei Außentemperaturen knapp über dem Gefrierpunkt hat das Sonnenbad in Karlsruhe die Freibadsaison eröffnet. Teils kostümiert, teils mit bunten Schwimmringen und teils in klassischer Bademontur sprangen die Ersten nach dem Startschuss am Freitag um 10 Uhr ins warme Wasser. (dpa)

Fünf Verletzte bei Bus-Unfall

KIRCHHEIM. Bei einem Unfall mit einem Linienbus in Kirchheim unter Teck (Kreis Esslingen) sind fünf Menschen verletzt worden. Laut Polizei fuhr der 60-jährige Busfahrer wegen eines Sekundenschlafs erst über eine rote Ampel und dann gegen die Hauswände zweier Gebäude. (dpa)

INTERVIEW Wissenschaftsministerin Petra Olschowski über Forschungsschwerpunkte und Frauenförderung

»Ich will das Opernhaus sanieren«

DAS GESPRÄCH FÜHRTE DAVOR CVRLJE

REUTLINGEN. Wissenschaftsministerin Petra Olschowski spricht im GEA-Interview über ihre Zukunftspläne, die Sanierung des Stuttgarter Opernhauses sowie die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg.

GEA: In Deutschland ändert sich die Stimmung. Sparen ist out. Union und SPD beraten über ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die Sanierung der maroden Infrastruktur. Wie ist es in der Landesregierung und in Ihrem Ministerium. Findet da auch ein Umdenken über Sanierungsprojekte wie das Stuttgarter Opernhaus statt?

Petra Olschowski: Von Umdenken bei der Landesregierung und in meinem Ministerium kann man nicht wirklich reden. Im Moment ist es so, dass die Regierungskoalition im Land weiter darüber nachdenkt, wie sie mit den vielfältigen finanziellen Herausforderungen bei sinkenden Steuereinnahmen umgeht. Union und SPD wollen im Bund ein großes Paket schnüren, bei dem auch die Länder im Blick sind. Die Schuldenbremse soll auch für die Länder gelockert werden. Das scheint erst mal Luft zu geben und kann auch Sanierungsprojekte in Baden-Württemberg in einem neuen Licht erscheinen lassen. Grundsätzlich muss man aber sagen, dass man die Schulden auch abbezahlen muss, denn generationengerechte Haushaltspolitik muss mit Augenmaß und mit Fokus auf Investitionen sein. Daran muss sich auch die künftige Koalition im Bund halten und es ist richtig, dass wir Grünen hier erfolgreich nachverhandelt haben. Insofern werden wir sorgfältig darauf achten, dass wir mit besonderem Blick auf das Stuttgarter Opernhaus und die Badischen Staatstheater in Karlsruhe die Sanierungsprojekte finanziell auf den Weg bringen. Mein Ziel ist es, das Stuttgarter Opernhaus zu sanieren und zu modernisieren. Aber das gilt natürlich genauso für die Hochschulen und Universitätskliniken.

Wie teuer wird die Sanierung des Stuttgarter Opernhauses? Bleibt es bei den rund 960 Millionen Euro?

Olschowski: Es gibt eine grobe Kostenschätzung, die aus der Zeit von Vor-Corona stammt. Danach belaufen sich die Kosten auf rund 960 Millionen Euro. Doch mittlerweile sind die Baupreise gestiegen. Im Moment gibt es keine verlässliche Kostenkalkulation, weil eine solche erst erstellt werden kann, wenn konkrete Preise auf konkrete Planungen treffen. Die einzelnen Bauabschnitte werden separat angegangen und seriös berechnet.

Wird das Haus auf jeden Fall saniert? Oder gibt es eine kostengünstigere Lösung mit einem neuen Gebäude?

Olschowski: Das Stuttgarter Opernhaus ist eines der schönsten Gebäude an einem der schönsten Plätze der Stadt. Der historische Littmann-Bau galt bei der Eröffnung als einmalig in Europa und es ist eines der wenigen Häuser in der Stuttgarter Innenstadt, die den Krieg überstanden haben. Es ist daher identitätsstiftend für die Landeshauptstadt und damit auch für das Land. Dieses Haus für Oper und Ballett wollen wir für zukünftige Generationen erhalten. Ein neues Gebäude erscheint auf den ersten Blick attraktiv zu sein, aber günstiger wird es weder was den Bau noch was die betrieblichen Kosten anbelangt, weil der Littmann-Bau ja auf jeden Fall auch saniert werden muss für eine Nachnutzung. Einen vergleichbar attraktiven Standort für einen Neubau gibt es zudem nicht.

Bleiben wir beim Geld. Warum wollen Sie Frauen an der Uni fördern und haben ein Programm für Juniorprofessorinnen aufgelegt?

Olschowski: Wir haben immer noch nicht annähernd eine Situation erreicht, bei der wir einen Anteil von 50 Prozent an Professorinnen an den Hochschulen im Land haben. Der Anteil der Studentinnen ist hingegen überproportional gestiegen. Doch je länger der berufliche Weg von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist, desto mehr nimmt die Zahl der Frauen ab. Zudem glaube ich, dass Perspektivenvielfalt für den Wissenschaftsbetrieb wichtig ist. Wir wissen aus Studien, dass Frauen und Männer unterschiedliche Blicke auf Projekte und Forschungsvorhaben haben und dass gemischte



»Mein Ziel ist es, das Stuttgarter Opernhaus zu sanieren«, sagt Wissenschaftsministerin Petra Olschowski (Grüne) im GEA-Interview. FOTO: MURAT/DPA

Teams erfolgreicher sind. Insbesondere das Potenzial hervorragend qualifizierter Frauen ist von allergrößter Bedeutung für einen international erfolgreichen Wissenschaftsstandort. Wir brauchen in jeder Hinsicht die besten Köpfe für Forschung und Lehre im Land.

Gibt es schon eine Entscheidung, wer 2025 die Förderung erhält? Und sind Tübingen oder Reutlingen dabei?

Olschowski: Im Moment ist die Entscheidung für das Professorinnen-Programm von Bund und Ländern gefallen. Über das Programm werden mit Frauen besetzte Professuren mit bis zu 165.000 Euro jährlich gefördert. Maximal drei. Im vergangenen Jahr war Reutlingen erfolgreich, jetzt ist es Tübingen. Wir als Land unterstützen darüber hinaus noch bei den Juniorprofessorinnen mit dem Margarete Wrangell-Programm, weil Frauen an Hochschulen eher diesen Berufsweg einschlagen. Ich glaube, dass man über diese Art der Förderung Frauen wirksamer unterstützen kann als über den klassischen Weg der Habilitation. Jeweils drei dieser Juniorprofessuren gehen dabei nach Tübingen.

Die Hochschule Reutlingen erhält eine neue Fakultät. Sie nennt sich NXT. Dort werden die Bereiche Nachhaltigkeit, Technologie und Soziale Arbeit zusammengeführt. Ist das eine Notlösung oder ein Modell für das ganze Land?

Olschowski: Die Entscheidung für diesen Fächermix hat die Hochschule Reutlingen getroffen. Ich finde das einen interessanten Ansatz. Sie versuchen den Dreiklang Mensch, Gesellschaft und Technologie zusammenzubinden. Das ist ungewöhnlich. Wir werden beobachten, wie sich das entwickeln wird. Ich glaube aber, dass man die großen Zukunftsherausforderungen nicht nur technologisch bewältigen kann. Dazu braucht es auch die gesellschaftliche Perspektive. Durch diese neue Konstruktion besteht die Chance, dass Studiengänge, die sonst nicht so direkt im Austausch sind, stärker in die Zusammenarbeit kommen. Mir gefällt dieses Konzept. Es lohnt sich, diesen Weg auszupro-

bieren. Auch wenn vielleicht die Gefahr besteht, dass die Schwerpunkte zu weit auseinanderliegen.

Ist die Finanzierung dauerhaft gesichert?

Olschowski: Wir beteiligen uns gerade bei der Finanzierung. Geplant ist es im Weiteren, die Kapazität möglichst zum Wintersemester 2026/27 von derzeit 35 Studienplätzen pro Jahr auf 60 Studienplätze pro Jahr zu erhöhen. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, den Studiengang Soziale Arbeit in Reutlingen zu halten und die Hochschule es als ein Benefit für die Eigenentwicklung sieht.

»Ich hätte große Lust, als Wissenschaftsministerin weiterzumachen«

In einem anderen Bereich findet auch ein Umdenken statt. Nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine will Deutschland seine Verteidigung stärken. Ist es da noch zeitgemäß, dass manche Unis im Land nur zivile Forschung zulassen?

Olschowski: In Baden-Württemberg entscheiden die Hochschulen selber, ob sie Zivilklauseln einführen. Das halte ich weiter auch für richtig und wichtig. Mein Eindruck ist, dass in den Universitäten ein Umdenken stattfindet. Klar ist aber auch: Wenn sich ein Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin entscheidet, im Verteidigungs- und Militärbereich zu forschen, kann er oder sie das tun. Auch wenn die Hochschule eine Zivilklausel hat. Die Freiheit des Einzelnen kann dadurch nicht eingeschränkt werden. Es ist eine Willensbildung der Gemeinschaft der Forschenden. Auch wenn es um die Verteilung von Finanzmitteln geht, spielt die Zivilklausel keine Rolle.

In Zukunft wird das Thema Verteidigungs- und Sicherheitsforschung an den Hochschulen im Land eine noch größere Rolle spielen. Wenn wir uns in diesen kritischen Bereichen unabhängiger von den

USA machen wollen, dann geht das nur, wenn die Militärausrüstung dem neuesten Stand der Forschung entspricht. Das sieht man aktuell im Ukraine-Krieg. Dort spielen Drohnen und deren Steuerung eine immer wichtigere Rolle. Zur Sicherheitsarchitektur eines Landes zählt auch die Computerinfrastruktur. Es ist dringend erforderlich, diese zu schützen. Es ist allerdings nicht einfach zu beantworten, was zur militärischen oder zivilen Sicherheitsforschung zählt, weil viele Produkte und Inhalte in beiden Feldern eingesetzt werden können. Beispielsweise Drohnen oder Lasertechnik. Daher ist es wichtig, sinnvoll und vorausschauend mit dem Thema Dual Use umzugehen und hier nicht Chancen ungenutzt liegen zu lassen. Die Rückmeldung, die ich von den Rektoren erhalte, ist, dass die Hochschulen in Baden-Württemberg ihre Verantwortung in diesem Bereich sehen und ihr auch gerecht werden wollen.

In den USA wird unter der Regierung Trump auch bei der Wissenschaft und an Hochschulen gespart. Wollen Sie diese Gelegenheit nutzen, um Forscher nach Baden-Württemberg zu locken?

Olschowski: Das ist eine dramatische Entwicklung. Die Universitäten und Forschungseinrichtungen in den USA waren bisher immer die großen Leuchttürme im Wissenschaftsbetrieb. Dort haben die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gearbeitet. Unsere Hochschulen standen stets im engen Kontakt mit den Forschungseinrichtungen in den USA. Wir haben langjährige Kooperationsverträge mit einzelnen Universitäten und Bundesstaaten. Es ist auch wichtig, dass wir diese Kooperationen mit den Forschenden aufrechterhalten und sie nicht alleine lassen. Insofern ist es eine sehr bedauerliche Entwicklung.

Momentan sind wir mit den Hochschulen dabei, zu prüfen, wie wir renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die keine Perspektive mehr vor Ort sehen, ein passendes Angebot machen können. Voraussetzung ist, dass es im Land Hochschulen gibt, an denen diese Forscher mit ihren jeweiligen Fachthemen und Qualifikationen gewinnbringend für alle aufgenommen werden können. Das können Stipendienprogramme, Nachwuchsförderung oder eine Unterstützung zur Ausstattung für Hochschulen sein, die Forscher zu uns holen wollen. Letztlich soll es jedoch nicht darum gehen, möglichst viele Forscherinnen und Forscher nach Baden-Württemberg zu locken, sondern die richtigen.

Nach der Bundestagswahl ist vor der Landtagswahl. Wollen Sie, falls die Grünen die Regierung stellen, wieder Wissenschaftsministerin werden?

Olschowski: Ich trete wieder in Stuttgart als Kandidatin für den Landtag an. Wenn es die Wahlergebnisse zulassen, hätte ich große Lust, als Wissenschaftsministerin weiterzumachen. Denn es ist ein Haus, das sich um die Zukunft kümmert. Ich glaube, dass Wissenschaft, Forschung und die daraus resultierende Innovation die zentralen Schlüssel für einen erfolgreichen Umgang mit unseren gesellschaftlichen Herausforderungen sind: für Baden-Württemberg, Deutschland und auch Europa.

Sie haben enge Beziehungen zu Reutlingen. Haben Sie Kontakt zu Cem Özdemir, dem Spitzenkandidaten der Grünen, der aus Bad Urach stammt?

Olschowski: Cem Özdemir kandidiert auch in Stuttgart. Aktuell ist er sogar ein direkter Kollege als Bundesforschungsminister – insofern sind wir nicht nur wegen Reutlingen in Kontakt. Wir haben ein gutes Verhältnis. Ich freue mich sehr, dass er den Hut in den Ring geworfen hat und glaube, dass wir gute Perspektiven haben, wieder den Ministerpräsidenten im Land zu stellen. (GEA)

ZUR PERSON

Petra Olschowski (59) ist seit 2022 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Zuvor war sie Staatssekretärin dieses Ministeriums beziehungsweise Rektorin der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste. Olschowski hat in Stuttgart Kunstgeschichte studiert und später als Redakteurin bei der Stuttgarter Zeitung gearbeitet. (cvr)